

Niederschrift

über die in der 29. Sitzung des Kreistages
am 11.07.2019 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 20:20 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 20:21 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 20:23 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte		Kleve
Croonenbroek, Hubertina		Kerken
Draack, Franz-Josef		Wachtendonk
Düllings, Paul		Issum
Elverfeldt von, Max		Weeze
Erkens, Hans-Willi		Geldern
Fenger, Andre		Rees
Giesen, Heinz	ab 18:05 Uhr / TOP 3	Geldern
Heinzel, Freddy		Emmerich am Rhein
Hendriks, Ludger		Goch
Hohl, Peter		Kevelaer
Kerkenhoff, David		Kalkar
Kersten, Gertrud		Kranenburg
Klinkhammer, Robert		Rees
Koppers, Josef		Goch
Dr. Krebber, Klaus		Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef		Straelen
Mulder, Andy		Kleve
Natrop, Mathias		Kranenburg
Palmen, Manfred		Kleve
Papen, Hans-Hugo		Rheurdt
Poell, Peter	ab 16:10 Uhr / TOP 2	Goch
Schmidt, Gabriele		Kleve
Selders, Hannes		Kevelaer
Stevens, Agnes		Uedem
Ulrich, Ulrike		Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar		Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	bis 18:05 Uhr / TOP 3	Geldern
Beckers, Irmgard		Issum
Brandt, Klaus		Bedburg-Hau
Eicker, Sigrid		Geldern
Engler, Gerd		Goch
Franken, Jürgen		Kranenburg
Friedmann, Peter		Rees
Helbing, Peter		Kerken
Kreutzmann, Andrea		Geldern
Plotke, Kathrin		Uedem

Rupp, Thorsten		Emmerich am Rhein
Sander, Helma		Kalkar
Vonscheidt, Irene		Kevelaer
Vopersal, Jörg		Kevelaer
Wucherpennig, Brigitte		Kleve
Höhn, Birgitt		Kevelaer
Krystof, David	bis 18:40 Uhr / TOP 3	Goch
Dr. Prior, Helmut		Kleve
Sickelmann, Ute		Emmerich am Rhein
Terkatz, Hans-Hermann	ab 16:50 Uhr / TOP 3	Straelen
Währisch-Große, Elke		Rheurdt
Gorißen, Dietmar		Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf		Uedem
Wittenburg, Thomas		Issum
Reuter, Tim		Geldern
Severin, Rainer		Kleve
Heinricks, Michael	bis 18:52 Uhr / TOP 3	Kerken
Habicht, Kai		Kerken

entschuldigt sind

Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Trenckmann, Bettina	Goch
Hayduk, Norbert	Geldern

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Poschlod-Grause, Sandra
Jansen, Christoph
Cleven-Pawletko, Carina
Keuken, Ruth
Monika Lamers

als Gast

Günther, Matthias

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner. Wortmeldungen ergehen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 3: Klimanotstand ausrufen! „Masterplan Klimaschutz“ erstellen
- gemeinsamer Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion zu TOP 3: Klimanotstand ausrufen! „Masterplan Klimaschutz“ erstellen

KTM Franken beantragt für die SPD-Kreistagsfraktion, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu behandeln, da diese thematisch zusammen gehören. Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Landrat erklärt die beiden Tagesordnungspunkte aus satzungsrechtlichen Gründen als getrennte Punkte beibehalten zu wollen, diese aber gemeinsam aufzurufen. So versteht er auch den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Einwände gegen diese Vorgehensweise werden nicht erhoben.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, erklärt sich KTM Croonenbroek zu dem Tagesordnungspunkt 8 für befangen.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1. | Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes | 1079/WP14 |
| 2. | Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmärkte in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung des Klimaschutzes | 1096/WP14 |
| 3. | Klimanotstand ausrufen! "Masterplan Klimaschutz" erstellen
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2019 | 1085/WP14 |
| 4. | Sachstandsbericht "Kommunales Integrationszentrum"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2019 | 1092/WP14 |
| 5. | Integrationskonzept des Kreises Kleve | 1093/WP14 |
| 6. | Ersatzwahl
Beirat der Justizvollzugsanstalt Geldern | 1086/WP14 |
| 7. | Benennung der Fraktionszugehörigkeit in Niederschriften
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.05.2019 | 1080/WP14 |
| 8. | Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Preisträgerauswahl 2019 | 1089_1/WP14 |
| 9. | Überörtliche Prüfung des Gesamtabchlusses und der Beteiligungen des Kreises Kleve im Jahr 2018 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) | 1029_1/WP14 |
| 10. | Straßenbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019
Zustimmung zu überplanmäßigen Auszahlungen | 1088/WP14 |

11. Erwerb von Klassenraumcontainern für die Astrid-Lindgren-Schule am Standort Schützenstr. 15 in Goch
Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen 1090/WP14
12. Sanierung der Heizungsanlage im Berufskolleg Kleve am Nebenstandort in Goch
Zustimmung zu außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 1091/WP14
13. Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Sicherstellung von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen interkommunaler Linienverbindungen nach §§ 42 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG) 1087/WP14
14. Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II
Regelung eines Härteausgleichs 1049/WP14
15. Anpassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve vom 20.06.2008
Notwendige Anpassungen der Satzung im Zuge des Inkrafttretens der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) 1070/WP14
16. Motivieren statt Sanktionieren
Sanktionsmaßnahmen aussetzen - Entscheidungsspielräume positiv für die Kund*innen nutzen
Antrag der GRÜNEN im Kreistag Kleve vom 15.05.2019 1084/WP14
17. Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen) 1057/WP14
18. Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 10 – Weeze
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (37. Änderung des Flächennutzungsplans ‚Erweiterung Tierpark Ost‘) 1058/WP14
19. Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 11 – Kevelaer
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer (51. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Kevelaer) 1059/WP14
20. Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 9 – Goch
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (88. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans Goch Nr. 4 Hommersum) 1062/WP14
21. Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Wachtendonk (46. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wachtendonk) 1064/WP14

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 22. | Bienen- und Insektenschutz im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2019 | 1083_1/WP14 |
| 23. | Immissionsschutz im Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom
24.06.2019 | 1097/WP14 |
| 24. | Mitteilungen | 1077/WP14 |
| 25. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|-----------|
| 26. | Beteiligungsverwaltung
Anpassung der Gesellschaftsbeiträge für die Niederrhein Tourismus
GmbH ab 2020 | 1094/WP14 |
| 27. | Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 1095/WP14 |
| 28. | Mitteilungen | |
| 29. | Anfragen | |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1079 WP14

Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes

Landrat führt Herrn Hendriks feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Abnahme der Verpflichtungserklärung und Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1096 WP14

Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmärkte in Nordrhein-Westfalen unter Berücksichtigung des Klimaschutzes

Herr Matthias Günther, Diplom-Ökonom und Institutsvorstand des Eduard Pestel Instituts für Systemforschung e.V. in Hannover, hält den in der Anlage beigefügten Vortrag.

KTM Währisch-Große betont, dass es grüne Programmatik ist, beim Wohnungsbau möglichst geringe Flächen zu verbrauchen. Sie bittet um fachliche Einschätzung, ob dies ein vernünftiges Ansinnen ist.

Herr Günther antwortet, dass die Möglichkeit der Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen natürlich begrenzt ist. Sie kann nicht so fortgesetzt werden wie bisher. Allerdings zeigt sich bereits,

dass, gerade bei Einfamilienhäusern, die Grundstücksgröße sinkt. Auch kommt es immer mehr zu einer Nachverdichtung. Dies ist auch im ländlichen Raum möglich. Größter Gegner der Nachverdichtung ist der Bewohner des Quartiers.

KTM Dr. Prior sagt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von den Akteuren gesetzt werden. Er fragt, was getan werden muss.

Herr Günther antwortet, dass politische Entscheidungen getroffen werden müssen, die verschiedene Personen treffen werden, z.B. Pendler. Aber ohne entsprechende Entscheidungen, die auch Belastungen beinhalten, geht es nicht.

KTM Sickelmann erfragt, ob eine Datenquelle existiert, wie viele Wohnungen in privater Hand sind und wie viele Wohnungen mittlerweile Konzernen gehören. Auch möchte sie wissen, welche Maßnahmen der Kreis Kleve unterstützen sollte, beispielsweise einen Grundstückspool der Kommunen, und wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

Herr Günther sagt, dass bei der Frage nach bezahlbarem Wohnraum auch die eigenen Ansprüche hinterfragt werden müssen. Wichtig ist eine eigene Bodenpolitik der Kommunen. Zu den Wohnungsbeständen erläutert er, wie die Konzerne zu den Wohnungen gekommen sind. Vor rund 20 Jahren wurde von politischen Entscheidungsträgern die Auffassung vertreten, dass diese Wohnungen einen hohen Investitionsstau und einen hohen Leerstand haben. Die Konzerne waren bereit, diese Wohnungen zu erwerben. Zudem bestand der Wunsch nach mehr Markt im Wohnungsbereich. Allerdings bedeutet mehr Markt im Wohnungsbereich nicht zwangsläufig sozialverträgliche Ergebnisse. Da muss man umschwenken, aber dies wird nicht billig. Er weist darauf hin, dass die Konzerne nicht das Problem sind. Novonia und Deutsche Wohnen beispielsweise haben eine Durchschnittsmiete die niedriger ist als der Markt.

KTM Franken fragt, inwieweit es über den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung hinaus Handlungsempfehlungen für Kommunen und Landkreise gibt, z.B. bei der Energieberatung.

Herr Günther erklärt, dass er sich bei den Kreisen eine Wohnberatung wünschen würde, die den barrierearmen Umbau von Einfamilienhäusern aufgreift. Die alten Einfamilienhäuser haben alle erhebliche Probleme und es gibt kaum standardisierte Lösungen. Entsprechende Umbauten sind mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Als Kreis besteht kein Zugriff auf die Einzeleigentümer der Wohnungen. Man ist an die Bundespolitik gebunden. Aus seiner Sicht ist die planbare Erhöhung der Preise für fossile Brennstoffe wünschenswert. Dann obliegt die Entscheidung darüber, was er macht, jedem Einzelnen. Der Kreis kann Beratungsangebote einrichten. Ob diese fruchten, ist fraglich.

KTM Habicht möchte wissen, ob die Problematik von 200.000 Menschen, die jährlich auf den Wohnungsmarkt strömen, zu meistern ist. Auch fragt er nach dem Risiko des Einbruchs der Finanzbranche.

Herr Günther erläutert, dass das Risiko einer neuen Wirtschaftskrise permanent gegeben ist. Es ist aber eher gering, da die Immobilien heute mit hohen Tilgungsraten finanziert werden, wodurch eine Zinssteigerung sich nicht so dramatisch auswirken würde. Das Problem Wohnen ist zu bewältigen. Es gibt so viel Wohnfläche wie noch nie. Die Umverteilung von Wohnfläche ist ein spannendes Thema. Seit geraumer Zeit existieren Überlegungen, ob der verbleibende Bewohner eines Objektes dazu bewegt werden kann, eine kleinere, barrierearme Wohnung zu beziehen. Die Problematik, die sich ergab war, dass die kleinere Wohnung teurer war als die große Familienwohnung. Herr Günther verweist auf ein Projekt der Genossenschaft der Hamburger Elbgemeinden. Die Quadratmetermiete wird dabei in die neue Wohnung mitgenommen. Zudem organisiert die Genossenschaft den gesamten Umzug. Dadurch werden größere Wohnungen frei, die die Genossenschaft dann wieder zum Marktpreis vermieten kann. Es ist vielfach nicht der Unwillen der Be-

troffenen, der einem Umzug entgegensteht, sondern die fehlenden Möglichkeiten diesen zu organisieren. Es mangelt an entsprechender Beratung und Anspornung.

KTM Düllings weist darauf hin, dass der Wegfall einer Bindung nicht die sofortige Verteuerung einer Wohnung nach sich zieht. Im Bereich der Wohnungsbauförderung wurde im vergangenen Jahr von einem Expertengremium der Bundesregierung ein Vorschlag in Sachen Objektförderung und Subjektförderung unterbreitet, der schnell wieder verworfen wurde. Er bittet, mit Blick auf die Schaffung von Wohnraum, um die Bewertung der Objektförderung im Vergleich mit der Subjektförderung. Er fragt, ob unter Klimagesichtspunkten beim Bestand deutlich höhere Potentiale bestehen (Sanierung) als bei Neubauten und ob es vor diesem Hintergrund angebracht sein könnte, dort stärker in die Förderung einzusteigen.

Herr Günther führt aus, dass es sowohl einer Subjektförderung als auch einer Objektförderung bedarf. Im Rahmen der Daseinsvorsorge wird das Wohnen für Jedermann versprochen. Damit verspricht der Staat etwas, was er nicht hat, nämlich Wohnungen. Daher sieht Herr Günther es als notwendig an, den Bestand an Wohnungen im öffentlichen Eigentum zu erhöhen. Im Bestand kann eine Vielzahl energetischer Sanierungen durchgeführt werden. Das ist mit Kosten verbunden. Allerdings können aus Bauten aus den 50er und 60er Jahren keine Objekte gemacht werden, die heutigen energetischen Möglichkeiten entsprechen. Eine vergleichende Prüfung des kommunalen Wohnungsbaus von 10 Kommunen hat gravierende Unterschiede aufgezeigt. Die Werte liegen bei 180 KWh/m² bis 140 KWh/m² bei nahezu identischen Beständen was die Baualtersklassen angeht. Dies zeigt, dass sehr unterschiedlich agiert wird.

KTM Palmen spricht ein Interview im NTV vom 10.07.2019 mit der Überschrift "Bauüberfluss in Deutschland - 150.000 Wohnungen wurden zuviel gebaut" an. Dort werden zwei Thesen aufgestellt: Neue Wohnungen lindern nicht die Wohnungsnot. Neubau schadet massiv dem Klima. Die Sanierung ist im Vergleich zum Neubau klimaschonender.

Herr Günther erklärt, dass dies auf eine Wohnungspolitik wie zum Ende des zweiten Weltkrieges hinauslaufen würde, bei der brachial umverteilt wird. Dies ist gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Es trifft zu, dass heutzutage ein Haus im Bau mehr Energie benötigt als im Laufe der Lebensdauer verbraucht wird, wenn es sich um ein nahezu Nullenergiehaus handelt. Über 50 Jahre betrachtet rechnet sich der Abriss eines 50er-Jahres-Objektes und der anschließende Neubau eines nahezu Nullenergiehauses energetisch, weil über die Lebensdauer deutlich weniger Energie verbraucht wird. Auch mit Sanierung können 50er-Jahre-Bauten nicht zu einem nahezu Nullenergiehaus gemacht werden. Dies wäre vollkommen unwirtschaftlich. Machbar sind 100 KWh/m². Über 50 Jahre betrachtet ist dies deutlich schlechter als der Neubau eines nahezu Nullenergiehauses inklusive der Bauphase.

KTM Prof. Dr. Klapdor fragt, ob bei dem energetischen Rechnen beim Ersatz eines Objektes durch ein Niedrigenergiehaus auch die Mietkosten zu berücksichtigen sind. In Bestandsimmobilien sind die Mieten häufig deutlich niedriger. Zur Singularisierung stellt er die Frage, was die Politik auf kommunaler Ebene tun kann, um die Wohnungsnachfrage und die Wohnungsgröße zu beeinflussen. Zudem erfragt er, ob in einer Gegend mit einem hohen Bestand an Einfamilienhäusern besonders hohe Erfolgsaussichten bestehen, wenn man das Thema, dass Einfamilienhäuser von nur noch einer Person bewohnt werden, aufgreift.

Herr Günther greift den dritten Punkt auf, den KTM Prof. Dr. Klapdor angesprochen hat. Er empfiehlt eine deutliche Steigerung der Beratungskapazitäten in diesem Bereich sowie die Übernahme der Organisation aller erforderlichen Prozesse. Wenn das Gut Wohnung im Preis so deutlich steigt, wie dies im Moment auch im Neubau der Fall ist, läuft man in eine Gerechtigkeitsfalle. Er benennt das Beispiel München. Ein Redakteur kann mit Frau und Kind eine Wohnung mit einer Größe von 55 m² finanzieren. Einem Empfänger von Sozialleistungen stehen theoretisch 50 m² zu (Singlehaushalt). Dies ist nicht mehr zu vermitteln. Es muss diskutiert werden, welche Wohnungsgröße man den Schwächsten der Gesellschaft zur Verfügung stellen will. Dies kann nicht wissen-

schaftlich beantwortet werden, sondern bedarf einer politischen Entscheidung. Ob die Wohnflächen, wie sie derzeit existieren, bestehen bleiben können, ist zweifelhaft. Das gilt sowohl für den Unterhalt im energetischen Bereich, wenn keine Sanierung erfolgt ist, sowie den Unterhalt der Grundstücke. Vieles geht schon in Richtung Verkleinerung und dies ist eigentlich das einzige, was man empfehlen kann. Teils besteht in kleineren Kommunen jedoch das Problem eines Mangels an kleinen Mietwohnungen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1085 /WP14

Klimanotstand ausrufen! "Masterplan Klimaschutz" erstellen

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2019

KTM Höhn führt aus, dass der Juni, welcher der heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war, zeigt, dass die Klimakrise und deren Folgen das Thema sind, das die politischen Gremien in Zukunft beschäftigen wird. Die Wahrscheinlichkeit für Hitzesommer hat sich verdoppelt. Es wird höchste Zeit sich auf diese Verhältnisse einzustellen. Ebenso auf Starkregenereignisse und andere Wetterereignisse. Die jetzige Generation ist die letzte, der eine positive Einflussnahme möglich ist, bevor der point of no return erreicht wird. Auch die kommunalen Parlamente haben die Verpflichtung zu tun, was in ihrer Macht steht. Die Politik muss eine Vorbildfunktion einnehmen. Der Beschlussvorschlag des Antrages der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN greift die Inhalte des Neuen Kommunalen Finanzmanagements auf. Dieses dient der Verbesserung der Steuerungsfähigkeit der Kommunen. Zudem erfolgte damit ein Wechsel vom Geldverbrauchskonzept zum Ressourcenverbrauchskonzept mit nachhaltiger Haushaltswirtschaft und intergenerativer Gerechtigkeit. Wenn sich jetzt nichts ändert, wird nichts bleiben wie es ist. Es wird nicht negiert, was bereits umgesetzt wurde. Aber es wird negiert, dass dies ausreicht, um den bestehenden Zustand positiv zu beeinflussen. Der Antrag hat die Zielsetzung festzustellen, wo sich der Kreis Kleve verbessern kann.

KTM Franken erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zustimmen wird. Es ist unstrittig, dass es bereits weltweit einen Klimanotstand gibt. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes im Kreis Kleve ein symbolhaftes Zeichen zu setzen, sollte insofern selbstverständlich sein und die Wichtigkeit des Klimaschutzes verdeutlichen. Jeder kann seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auch der Kreis Kleve hat die Möglichkeit ganz gezielt im Sinne des Klimaschutzes zu handeln. Dies sollte er konzeptionell machen. Konkrete Klimaschutzpolitik muss nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion von drei Säulen geprägt sein: Energieeinsparung und -beratung, Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energieformen. Mit einem integrierten Klimaschutzkonzept kann eine Klimaoffensive umgesetzt werden. KTM Franken legt ferner dar, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion zustimmen wird. Zudem regt er an, die beiden, in der Begründung des gemeinsamen Antrages in Fettdruck genannten, Punkte zum Gegenstand der Beschlussfassung zu machen. Die genannten 500.000 Euro könnten als außerplanmäßige Ausgabe beschlossen werden. Das würde eine sofortige Umsetzung konkreter Einzelmaßnahmen ermöglichen. Darüber hinaus könnte ein integriertes Klimaschutzkonzept als Punkt 7 ergänzt werden. Wenn man strategisch langfristig konkrete Maßnahmen planen will, bedarf es einer CO₂-Bilanz. Die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung werden nicht kritisiert, sondern ausdrücklich begrüßt.

KTM Ulrich betont, dass die Sorgen vieler Menschen um den Klimaschutz ernstgenommen werden. Konzepte machen noch keine gute Politik. Der gemeinsame Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion beinhaltet ganz konkrete Vorschläge, die kurzfristig, noch in dieser Wahlperiode, umgesetzt werden können. Ihr ist bewusst, dass es sich lediglich um einige Bausteine handelt, aber Politik hat immer auch etwas mit Machbarkeit zu tun. Die vergangenen Wochen wurden genutzt, um eine Vielzahl von Gesprächen, insbesondere mit Vertre-

rinnen und Vertretern der Jugendorganisationen und Fridays for Future zu führen. Die verstärkte Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft wird positiv bewertet. Jeder ist gefordert, seinen Beitrag zu leisten, nicht nur die politisch Verantwortlichen. Von der Politik werden konkrete Maßnahmen und keine Symbolpolitik, Verbote oder Bevormundung gefordert. Klimaschutz muss im Einklang mit wirtschaftlicher Prosperität, Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stehen. Wie die Verwaltungsvorlage zeigt, berücksichtigt der Kreis Kleve bei seinen Investitionsentscheidungen bereits ökologische Gesichtspunkte. Wenn jeder in der Gesellschaft überall dort, wo er Verantwortung trägt, den Klimaschutz ernst nimmt, können alle gemeinsam die Zukunft sichern.

KTM Prof. Dr. Klapdor vertritt die Auffassung, dass die Ausrufung des Klimanotstandes ein falsches Signal ist. Was ein Notstand ist, ist juristisch festgelegt und auch die mit ihm verbundenen Konsequenzen. Der Anteil Deutschland am CO₂-Ausstoß liegt bei rund 2%. Deutschland allein kann das Klima nicht retten, was allerdings keinen Grund darstellt, nichts zu tun. Aufgabe ist, effiziente Lösungen zu entwickeln, auch um der Vorbildfunktion Deutschlands gerecht zu werden. Auch der Kreis Kleve hat seine Aufgabe, die an die oberste Stelle des gemeinsamen Antrages geschrieben wurde. Er verweist auf die Verantwortung eines jeden Einzelnen und führt aus, dass es unstrittig ist, dass auch der Kreis Kleve überlegen muss, was er machen kann. Beispielhaft benennt er die Themen Mobilität und Energiespeicherung. Dies geht natürlich über den Antrag hinaus, aber es war das Bestreben jetzt Dinge aufzugreifen, die kurzfristig umsetzbar sind. Im Dialog können dann weitere konkrete Maßnahmen überlegt werden. Die FDP-Kreistagsfraktion vertritt die Auffassung, dass die konkreten Maßnahmen, die der gemeinsame Antrag benennt, ein Schritt in die richtige Richtung und dementsprechend sinnvoll sind. Es ist ebenfalls sinnvoll, dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu folgen, die konkreten Maßnahmen in den Beschluss aufzunehmen. Dies bedarf einer Abstimmung mit der Verwaltung, ob, und ggf. wie, entsprechende außerplanmäßige Aufwendungen umsetzbar sind.

KTM Engler erwidert, dass jedem bewusst ist, dass es sich beim Ausrufen des Klimanotstandes um einen symbolischen Akt handelt, welcher dann mit konkreten Inhalten gefüllt werden muss. Er verweist darauf, dass auch in anderen Bereichen der Begriff Notstand Verwendung findet, z.B. Pflegegenotstand.

KTM Krystof erklärt warum die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion nicht zustimmen wird. In dem Antrag wird lediglich die Absicht geäußert, Anträge zum nächsten Haushalt zu stellen. Man kann über Konzepte reden. Die Behauptung, ohne Konzept sei der Klimaschutz effektiver, erschließt sich nicht. Man muss die echten Probleme angehen. KTM Krystof benennt hier den Flughafen Niederrhein, die RWE-Aktie und den ÖPNV, welcher derzeit keine Alternative zum Auto darstellt. Die Konsequenzen, die ohne entsprechendes Handeln drohen, dürfen nicht Realität werden.

KTM Rupp sagt, dass Konzepte und Maßnahmen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Beides ist richtig und wichtig. Politik sollte planvoll, strategisch und mit einem klaren Fokus ausgestattet sein, wozu es eines Konzeptes bedarf. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion fordert, dass den angekündigten Maßnahmen ein Konzept folgen soll. Konzepte sind Leitlinien für das Handeln von Verwaltung und Politik.

KTM Währisch-Große führt aus, dass eine Konferenz des Landkreistages, die im vergangenen Jahr stattfand, verdeutlicht hat, dass es eine Vielzahl an Themen gibt und eine Bewegung notwendig ist. Blühstreifenaktionen, die aus ihrer Sicht gut, richtig und notwendig sind, sind dem Artenschutz und nicht dem Klimaschutz zuzurechnen. Sie äußert ihr Unverständnis darüber, dass viele Dinge, die eigentlich state of the art sind und wenig Klimaschutzeffekte bringen, mit dem gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion gefordert werden. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN will mehr. Der Kreis Kleve soll eine Moderatorenrolle in der Kommunikation mit anderen Kreisen einnehmen und der öffentliche Bereich als Vorbild wahrgenommen werden. Sie betont die Verantwortung, die den politischen Gremien obliegt.

KTM von Elverfeldt betont als Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes zu wissen, wie man unter den Folgen des Klimawandels leidet. Die Jugend, die auf die Straße geht, wirft den Politikern vor, dass viel geredet aber nicht gehandelt wird. Im Kreis Kleve wird sehr viel getan. Er fasst die Maßnahmen, die seitens der KKB GmbH in den vergangenen 10 Jahren umgesetzt wurden, zusammen. Er hofft, dass dem Vorschlag, weitere Dinge in die Haushaltsplanung 2020 aufzunehmen, gefolgt wird.

KTM Dr. Prior erläutert, dass die Formulierung Notstand verdeutlichen soll, dass mehr getan werden muss. Er nimmt Bezug auf die Vorlage der Verwaltung. Diese enthält den Vorwurf des reinen Populismus. Aus seiner Sicht ist das Hervorheben mehrerer kleiner Maßnahmen mit der Behauptung, bereits alles zu tun, als populistisch anzusehen. Einer der Hauptklimagasproduzenten ist die Landwirtschaft. Auch wenn die ökologische Landwirtschaft natürlich nicht klimaneutral ist, bietet sie einen Ansatzpunkt. Das Signal, das gesendet werden sollte, ist, dass die Bemühungen intensiviert werden müssen und das Thema ernstgenommen werden muss.

KTM Habicht sagt, dass es Klimawandel schon immer gab und voraussichtlich immer geben wird. Er verweist auf den Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Ausstoß und auf den geringen Wert, der sich ergibt, wenn man diesen auf den Kreis Kleve hinunterbricht. Die IPCC-Modellrechnungen treten nicht ein. Der geforderte Vorbildcharakter ist sehr teuer, da die Energiekosten in Deutschland deutlich höher liegen als z.B. in Frankreich und den USA. Aus seiner Sicht wird ein gefährlicher Aktionismus betrieben. Es geht auch um die Energiesicherheit in Deutschland.

KTM Reuter sagt für die PIRATENFRAKTION, dass es sehr wichtig ist, ein Zeichen zu setzen. Es fehlt ein konkretes Konzept. Es wäre wichtig einen Ausschuss zu installieren, der sich dauerhaft mit der Thematik befasst. Auch sollte eine Resolution an Land und Bund ergehen, die Braunkohlekraftwerke abzuschalten und mehr auf erneuerbare Energien zu setzen.

KTM Sickelmann plädiert dafür, dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen. Die Form des derzeitigen Wirtschaftens und der derzeitigen Energieversorgung nimmt faktisch einen Umweltkredit auf. Die ökologischen Kosten dafür fallen erst in der Zukunft an. Die direkten Folgen sind für alle spürbar. Die Auswirkungen durch indirekte Folgen, beispielsweise der Ausfall von Lieferketten, sind zum heutigen Zeitpunkt noch ungewiss, werden aber ebenfalls das Leben der Menschen in Deutschland beeinflussen. Deshalb kann von einem Klimanotstand gesprochen und dieser, als Selbstverpflichtung des Kreises Kleve, ausgerufen werden. Der Klimaschutz muss umfassend betrachtet werden. Dazu bedarf es eines Masterplans und eines Konzeptes.

Der Kreistag unterbricht die Sitzung einvernehmlich auf Antrag von KTM Franken von 18:52 Uhr bis 19:05 Uhr.

KTM Franken teilt mit, dass sich die CDU-Kreistagsfraktion, die SPD-Kreistagsfraktion und die FDP-Kreistagsfraktion nach intensiver Diskussion auf einen gemeinsamen Antrag verständigt haben und trägt den zugehörigen Beschlussvorschlag vor. Ferner nimmt er den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.07.2019 zurück. KTM Ulrich und KTM Prof. Dr. Klapdor erklären die Antragsrücknahme zu dem gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion.

KTM Habicht erfragt, was mit der Begrifflichkeit Vollwärmeschutz in dem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen gemeint ist. Eine Erklärung seitens der Fraktionen ergeht nicht.

Landrat stellt den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2019 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.05.2019 wird abgelehnt.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschluss:

1. Klimapolitik geht uns alle an.
2. Klimapolitik ist wesentlich für die Zukunft der Menschheit, Nachhaltigkeit darf kein Lippenbekenntnis sein.
3. Klimapolitik muss im Einklang mit wirtschaftlicher Prosperität, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger stehen.
4. Jeder einzelne ist gefordert seinen Beitrag zu leisten, Bürgerengagement ist ein ganz wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.
5. Wir benötigen einen intensiven gesellschaftlichen Dialog auf allen Ebenen des Zusammenlebens.
6. Der Kreis Kleve setzt wie bisher auch in Zukunft auf zusätzlich wirksame Maßnahmen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und weitere bürokratische Hemmnisse ab.
7. Der Kreistag begrüßt die bisherigen Aktivitäten des Kreises Kleve zum Klimaschutz. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisher angestoßenen und durchgeführten Maßnahmen im Kontext des Klimaschutzes fortzusetzen und im Sinne einer Klimaoffensive auszubauen und zu erweitern, wo immer es möglich ist.

Ferner werden über außerplanmäßige bzw. überplanmäßige Ausgaben zusätzliche Mittel in Höhe von 500.000,00 Euro für Sofortmaßnahmen zum Schutz des Klimas bereitgestellt. Damit können z.B. die neuen Dachflächen am Berufskolleg in Kleve begrünt werden. Außerdem erfolgt die Ausweitung von Blühstreifen auf landwirtschaftlichen Flächen. Hierzu sollte ein Anreizsystem für Landwirte geschaffen werden.

Für den Haushalt 2020 werden ausreichende Haushaltsmittel in Verbindung mit der beabsichtigten Erneuerung der Heizungsanlage am Berufskolleg, Standort Goch, unter Klimagesichtspunkten auch Dachisolation, Vollwärmeschutz und neue Fenster sowie eventuell eine Photovoltaikanlage, bereitgestellt.

Über ein integriertes Klimaschutzkonzept wird im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1092 /WP14

Sachstandsbericht "Kommunales Integrationszentrum"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2019

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1093 /WP14

Integrationskonzept des Kreises Kleve

Landrat ruft die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammen auf.

Frau Cleven-Pawletko trägt den in der Anlage beigefügten Vortrag vor.

KTM Franken erklärt, dass es ein langgehegter Wunsch der SPD-Kreistagsfraktion war, ein Kommunales Integrationszentrum zu bekommen. Er äußert sich erfreut, dass nun der Entwurf eines Integrationskonzeptes vorliegt. Mit der Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums durch Frau Cleven-Pawletko wurden die Fragestellungen aus dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.04.2019 ausführlich beantwortet. Eine regelmäßige Evaluation ist sichergestellt. Der Aufbau des Internetauftritts wird positiv bewertet. Für die Rucksack-Kita wird er positiv werben. Die SPD-Kreistagsfraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KTM Ulrich sagt, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich mit dem Schritt hin zu einem Kommunalen Integrationszentrum schwer getan, weil die Arbeit des regionalen Bildungsnetzwerkes sehr geschätzt wurde. In den nun ergangenen Ausführungen wurde deutlich, dass das regionale Bildungsnetzwerk auf dem Weg zu dem Kommunalen Integrationszentrum hervorragende Arbeit geleistet hat.

KTM Höhn äußert die Hoffnung, dass die strukturellen Defizite, die Herr Prof. Dr. Otten zu der späten Gründung des Kommunalen Integrationszentrums in Gelsenkirchen ausgeführt hat, in kürzester Zeit für den Kreis Kleve aufgearbeitet werden können und man sich Best-Practice-Beispiel holt. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das Integrationskonzept Kreis Kleve, Stand 23.05.2019, in der vorgelegten Fassung.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1086 /WP14

Ersatzwahl
Beirat der Justizvollzugsanstalt Geldern

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Mitglied für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Geldern wird Herr Hans-Hermann Terkatz, Straelen, benannt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1080 W/P14

Benennung der Fraktionszugehörigkeit in Niederschriften
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.05.2019

KTM Franken sagt, dass die Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve die Benennung der Fraktionszugehörigkeit in den Niederschriften nicht ausschließt. Zumindest zu Beginn einer Niederschrift sollte, auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die Fraktionszugehörigkeit benannt werden. Er befürwortet den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zumindest bei den Personen, die keiner Fraktion angehören, die Parteizugehörigkeit zu benennen.

KTM Höhn erklärt, dass Inhalt des, in der Sitzung des Kreisausschusses am 27.06.2019 mündlich gestellten, Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist, in den Niederschriften hinter den Rednerinnen und Rednern jeweils die Parteizugehörigkeit zu benennen. Insbesondere bei längeren Niederschriften liest es sich im Zusammenhang einfacher als bei einer ausschließlichen Benennung zu Beginn der Niederschrift.

Frau Ulrich erwidert, dass es nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion derzeit keinen zwingenden sachlichen Grund für eine Veränderung gibt. Entsprechende Veränderungen sollten zu Beginn und nicht zum Ende einer Wahlperiode erfolgen.

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass die FDP-Kreistagsfraktion den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen wird. Es ist gut vorstellbar ab Beginn der neuen Wahlperiode die Fraktionszugehörigkeit zu benennen. Ausgehend davon, dass es zu Wechseln der Parteizugehörigkeit kommen kann, stellt sich die Frage, ob seitens der Verwaltung die Benennung der korrekten Parteizugehörigkeit gewährleistet werden kann. Bei der Fraktionszugehörigkeit wird eine entsprechende Problematik, aufgrund der bestehenden Anzeigepflicht, nicht gesehen.

Landrat stellt die Anträge, beginnend mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.05.2019, zur Abstimmung.

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.05.2019 wird mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2019 wird mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1089 _1/W/P14

Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Preisträgerauswahl 2019

KTM Dr. Prior erklärt, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Thematik diskutiert hat. Im Ergebnis bestehen teilweise Vorbehalte gegen die Bezeichnung. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird sich daher enthalten. Er betont, dass sich die Vorbehalte nicht gegen die Preisträgerauswahl richten und eine Förderung des Ehrenamtes unterstützt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen

Beschluss:

Der Heimatpreis 2019 des Kreises Kleve wird an drei Preisträger verliehen. Die Höhe der Preisgelder wird wie folgt festgesetzt:

1. Platz: 5.000,00 Euro
2. Platz: 3.000,00 Euro
3. Platz: 2.000,00 Euro

Die Verleihung des Heimatpreises 2019 des Kreises Kleve erfolgt an folgende Vereine / Institutionen:

1. Platz: Kreisverband Kleve für Heimatpflege e.V.
2. Platz: Historischer Verein für Geldern und Umgegend e.V.
3. Platz: Landschaftspflege im Kreis Kleve e.V.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1029 _1/WP14

Überörtliche Prüfung des Gesamtabschlusses und der Beteiligungen des Kreises Kleve im Jahr 2018 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW)

KTM Sickelmann erklärt, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Einschränkend wird darauf hingewiesen, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu dem mit den RWE-Aktien verbundenen Risiko nicht geteilt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Abgabe der Stellungnahme der Verwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen der GPA NRW in dem Prüfungsbericht zu der überörtlichen Prüfung des Gesamtabschlusses und der Beteiligungen des Kreises Kleve gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt und der Aufsichtsbehörde in der vorgelegten Fassung.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1088 /WP14

Straßenbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019
Zustimmung zu überplanmäßigen Auszahlungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von insgesamt 1.440.000 € im Produkt 1201 (Straßenbau) für die Straßenbaumaßnahmen an den Kreisstraßen Nr. 27, Nr. 41, Nr. 34, Nr. 39 und Nr. 16 wird gemäß § 53 KrO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt. Zur Deckung werden die in 2019 im Produkt 1201 (Straßenbau) veranschlagten Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahmen an den Kreisstraßen Nr. 8, Nr. 23, Nr. 31, Nr. 32 und Nr. 40 verwendet.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1090 /WP14

Erwerb von Klassenraumcontainern für die Astrid-Lindgren-Schule am Standort Schützenstr. 15 in Goch
Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Erwerb der Klassencontainer wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.

Der Bereitstellung der außerplanmäßig benötigten Mittel von rd. 320.000 € wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW ebenfalls zugestimmt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1091 /WP14

Sanierung der Heizungsanlage im Berufskolleg Kleve am Nebenstandort in Goch
Zustimmung zu außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

KTM Sickelmann erfragt, ob die Heizungsanlage für ein Erweiterungsmodul geeignet ist, so dass erneuerbare Energie in Form von beispielsweise Wärmepumpen oder Photovoltaik genutzt werden kann.

Herr Suerick verweist auf die Ergebnisse des Tagesordnungspunktes 3. Soweit die Möglichkeit gegeben ist, eine Photovoltaikanlage zu installieren und anzuschließen, wird davon Gebrauch gemacht werden. Wärmepumpen würden zu einer weiteren Erhöhung der Kosten führen und sind derzeit nicht vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1.170.000 Euro wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die über das Haushaltsjahr 2019 hinaus benötigten Mittel in Höhe von 1.690.000 Euro über den Haushaltsplan 2020 einzuplanen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1087 /WP14

Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Sicherstellung von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen interkommunaler Linienverbindungen nach §§ 42 ff. Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Landrat stellt die Vorlage 1087/WP14 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Sicherstellung von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennahverkehrs wird beschlossen.

Landrat stellt die Ergänzungsvorlage 1087a/WP14 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Sicherstellung von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennahverkehrs wird beschlossen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1049 /WP14

Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II
Regelung eines Härteausgleichs

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Eine Härteausgleichssatzung 2018 wird nicht erlassen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1070 /WP14

Anpassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve vom 20.06.2008
Notwendige Anpassungen der Satzung im Zuge des Inkrafttretens der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Kleve wird mit Wirkung vom 01.01.2020 entsprechend der Anlage 1 neu gefasst.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1084 /WP14

Motivieren statt Sanktionieren

Sanktionsmaßnahmen aussetzen - Entscheidungsspielräume positiv für die Kund*innen nutzen
Antrag der GRÜNEN im Kreistag Kleve vom 15.05.2019

KTM Höhn erklärt, dass es das Anliegen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist, die Verwaltungsspielräume bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes positiv für die Betroffenen zu nutzen. Es geht um ein Existenzminimum, welches nicht weiter gekürzt werden kann. Gerade Mehrfachsanktionierungen in Bedarfsgemeinschaften werden als nicht zielführend ange-

sehen, insbesondere wenn der Bedarfsgemeinschaft Kinder angehören. Maßgeblich ist Artikel 1 des Grundgesetzes. Dort heißt es, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und nicht die Würde des Erwerbstätigen ist unantastbar.

KTM Prof. Dr. Kapdor erklärt, dass die FDP-Kreistagsfraktion dem Antrag, Sanktionsmaßnahmen auszusetzen, schon aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Kreistages, nicht zustimmen wird.

KTM Engler verweist auf die intensive Diskussion im Fachausschuss. Mit etwas anderer Argumentation schließt sich die SPD-Kreistagsfraktion dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1057 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Straelen (25. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Straelen)

KTM Terkatz führt aus, dass sich die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN enthalten wird. Man hat sich einen Blick über das gesamte Stadtgebiet gewünscht, um die beiden Standorte, die in den kommenden zwei Jahren neu gebaut werden müssen, mit einzubeziehen und einen Gesamtplan zu erstellen.

Landrat weist darauf hin, dass die zu treffende Entscheidung als untere Landschaftsbehörde erfolgt. Der Kreis Kleve hat in diesem Zusammenhang keine Korrekturfunktion gegenüber den Planungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Straelen, sofern die im landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) aufgeführten Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollumfänglich ausgeführt werden. Ergänzend zu den im LBP beschriebenen Maßnahmen ist für die Fällung des Alleenbaumes Ersatz im Verhältnis 1:2 zu leisten.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1058 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 10 – Weeze
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (37. Änderung des Flächennutzungsplans ‚Erweiterung Tierpark Ost‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze, sofern die im Landschaftspflegerischen Begleitplan beschriebenen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen beachtet und ausgeführt werden.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1059 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 11 – Kevelaer

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer (51. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Kevelaer)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. 11 - Kevelaer an die kommunale Bauleitplanung der Wallfahrtsstadt Kevelaer, sofern

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden,
- die im Umweltbericht darzulegenden Ziele der Landschaftsplanung durch entsprechende Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen der Ausgleichsplanung berücksichtigt werden,
- eine landschaftsgerechte Eingrünung des neuen Baugebietes mit standortgerechten, heimischen Wildgehölzen auf öffentlicher Fläche erfolgt, die sowohl Sichtschutz- als auch ökologische Vernetzungsfunktion erfüllen soll.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1062 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 9 – Goch

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch (88. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans Goch Nr. 4 Hommersum)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die kommunale Bauleitplanung der Stadt Goch, dass:

- die Fläche der 88. Änderung des Flächennutzungsplans mit Ausnahme der Sondergebiete innerhalb des Geltungsbereichs des Landschaftsplans und damit auch im Landschaftsschutzgebiet verbleibt;
- die im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag zum parallel aufgestellten Bebauungsplan ermittelten und beschriebenen Gestaltungs-, Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollumfänglich Berücksichtigung finden.

Diese sind im Einzelnen:

- Verwendung nicht glänzender und nicht reflektierender Dachflächen und Außenfassaden mit dezenter farblicher Gestaltung
- Sanierungsarbeiten außerhalb der Brutzeiten
- Dauerhafte Sicherung bestehender wertvoller Waldbereiche
- Erhalt vorhandener Gehölze und Magerrasenbereiche
- Umbau von Nadelforst in offenen Mischwald
- Erarbeitung eines Nutzungskonzepts für die Freiräume zwischen den Hallen zur Lebensraumentwicklung für Heidelerche, Baumpieper und Gartenrotschwanz
- CEF-Maßnahmen für Baumpieper und Schwarzkehlchen
- Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern zur Einbindung in die Landschaft
- Erhalt und Entwicklung von gehölzarter Brache und Magerrasen
- Extensivierung der Weidenutzung in den Nierswiesen

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1064 /WP14

Landschaftsplan Kreis Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Wachtendonk
(46. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Wachtendonk)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 – Straelen-Wachtendonk an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde, dass:

- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1083 _1/WP14

Bienen- und Insektenschutz im Kreis Kleve
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2019

KTM Eicker weist darauf hin, dass die SPD-Kreistagsfraktion einen weitergehenden Antrag gestellt hatte. Dennoch wird dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden, da es die zweitbeste Lösung ist. Die Beschlussfassung ist wenigstens schon einmal ein kleiner Schritt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die seitens der Verwaltung in der Stellungnahme genannten Maßnahmen werden begrüßt. Die Verwaltung wird gebeten, die beschriebenen Maßnahmen fortzusetzen und auszubauen, wo es möglich sein wird.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1097 /WP14

Immissionsschutz im Kreis Kleve

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2019

KTM Sickelmann erläutert, dass es in der Binnenschifffahrt gängige Praxis ist, die Gase aus den Ladungstanks in die Luft zu ventilieren. Dies ist nach dem Immissionsschutzgesetz verboten. Kontrollen und Entsorgungsanlagen sind nicht existent. Da die Problematik bislang weder auf Ebene des Bundes, noch des Landes oder von Europa angegangen wurde, wird gefordert, dass der Kreis Kleve aktiv wird und sich dafür einsetzt, dass ein Messsystem, ähnlich dem in den Niederlanden, installiert wird. Da in den Niederlanden intensiv diskutiert wird, diese Praxis einzudämmen ist anzunehmen, dass die Entgasungsvorgänge im Grenzraum auf deutscher Seite deutlich zunehmen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2019 wird zur Vorberatung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung verwiesen.

Zu Punkt 24 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 1077 /WP14

Mitteilungen

Der Kreistag nimmt die Mitteilungsvorlage 1077/WP14 Öffentlicher Personennahverkehr im Kreis Kleve - Mitteilung zur Entwicklung einer Applikation (App) für den „Night-Mover 2.0“ zur Kenntnis.

KTM Franken händigt dem Landrat einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur kostenlosen Trinkwasserversorgung beim Jugendfestival Courage aus.

Zu Punkt 25 der Tagesordnung:

Anfragen

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.
